



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag

Schuldenbremse für Landesbudget

Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschloss der Landtag eine Änderung der Landesverfassung. Nun ist eine maximale Grenze der Neuverschuldung von drei Prozent festgeschrieben. Die KPÖ war dagegen und bezeichnet das als Mogelpackung. LAbg. Ernest Kaltenegger: „Das erinnert an »Maastricht« und dient nur dazu, Schulden auszulagern. Letztlich kommt das noch teurer. Das Gesetz dient dazu, dass die SPÖ in Zukunft mit dem Argument, es steht in der Verfassung, alles machen muss, was die ÖVP will!“ Die KPÖ stimmte gegen diese Änderung.

Raumordnungsgesetz fördert die Zersiedelung

Gegen die Stimmen der KPÖ und der Grünen wurde das Raumordnungsgesetz novelliert. Die Errichtung von weiteren Einkaufszentren wird so noch weiter erleichtert.

Ernest Kaltenegger (KPÖ): „Es wäre besser, das Gesetz »Steirisches Zersiedelungsgesetz« zu nennen. Bei den Einkaufszentren ist es fünf Minuten nach zwölf. Während die Stadtzentren aussterben, wurde für Einkaufszentren nicht einmal eine von den Zentrumsbetreibern zu entrichtende Parkplatzabgabe eingeführt.“ Die Antwort von Erwin Dirnberger (ÖVP), Präsident des steirischen Gemeindebundes: „Die Steiermark ist bereits zersiedelt, da kann nichts mehr zersiedelt werden!“

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ – Claudia Klimt-Weithaler,
Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder
E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Ab September soll eine einheitliche Mindestsicherung die bisherige Sozial- und Notstandshilfe ablösen.

Die bisherige Sozialhilfe wurde von Land und Gemeinden finanziert. Nun kommt die Mindestsicherung: Sie soll bundesweit einheitlich geregelt sein. Voraussetzung für den Bezug ist die Bereitschaft, einen vom AMS vermittelten Arbeitsplatz anzunehmen.

Obwohl ursprünglich davon die Rede war, dass es durch die bundesweite Mindestsicherung zu keinen Verschlechterungen kommen soll, erhalten mehrere Gruppen von Betroffenen deutlicher weniger Unterstützung als bisher. Die KPÖ hat das anhand mehrerer Beispiele aus der Praxis belegt.

Beispielsweise verringern sich die Zuschüsse für Kinder und es besteht eine Verpflichtung zur Unterhaltsklage gegen Angehörige, bevor die Mindestsicherung ausbezahlt wird. Auch die Verknüpfung von Notstand und Mindestsicherung ist mehr als problematisch. Teilweise soll die Mindestsicherung über das AMS abgewickelt werden, gleichzeitig wird die Bürokratie durch die Einsetzung von so genannten „Case-Managern“ vergrößert. Das ist die Vorstufe zu einer Regelung, wie sie in Deutschland unter der rot-grünen Regierung mit „Hartz IV“ eingeführt wurde. Aus all diesen Gründen verweigert die KPÖ die Zustimmung im Landtag. Auch die ÖVP verweigert ihr Ja zum Entwurf von Landesrat Siegfried Schrittwieser (SPÖ). Ihr ist die

INFORMATION AUS DEM LANDTAG – Mindestsicherung ist

BEDARFSORIENTIERTE MINDESTSICHERUNG: UMBRUCH IM SOZIALSYSTEM

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung bedeutet eine grundsätzliche Neuorientierung des Sozialsystems. Während bisher Land und Gemeinden die Sozialhilfe zahlten, kommt nun ein bundesweiter Rechtsanspruch, der auch die E-Card für die Betroffenen umfasst.

Damit ist aber auch schon das Ende der Vorteile der von der SPÖ vielgepriesenen neuen Regelung erreicht. Allfällige Aufbesserungen der kargen Summen werden wieder an die Länder übertragen. Noch unabsehbar sind die Folgen für die bisherigen Notstandshilfebezieher/innen, die aus der Leistung der Arbeitslosenversicherung herausfallen und dann einer verschlechterten Regelung anheimfallen (Verwertung des Vermögens).



vierzehnmahlige Auszahlung ein Dorn im Auge.

Die KPÖ hat wie die ÖVP dazu in der jüngsten Landtags-sitzung eine Dringliche Anfrage eingebracht. Die ÖVP argumentiert, dass Menschen im Berufsleben oft nicht viel mehr als 744 Euro verdienen würden. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) machte klar, dass es mit ihrer Partei keine Verschlechterung bei den Ärmsten der Armen geben werde. Sie machte der SPÖ das Angebot, die drohenden Verschlechterungen aus dem Entwurf herauszunehmen. Dann werde die KPÖ gerne zustimmen.

Mindestlohn gefordert

Klimt-Weithaler: „Die Mindestsicherung ist kein sozial-

politischer Fortschritt. Von 744 Euro kann niemand anständig leben. Es stimmt, dass es ungerecht ist, wenn Vollzeit-Erwerbstätige nicht oder kaum mehr verdienen, als die Mindestsicherung ausmacht. Dann müssen wir aber dort ansetzen und endlich einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, statt zuzulassen, dass Menschen für einen solchen Hungerlohn arbeiten müssen.“ Und weiter: „Die KPÖ lässt sich nicht erpressen. Die SPÖ- und ÖVP-Vorschläge sind eine Wahl zwischen Pest und Cholera.“ Ein KPÖ-Antrag, der die Verschlechterungen aus dem Entwurf entfernen will, wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.